

Offener Brief mit der höflichen Bitte um Kenntnisnahme und Reaktion

an

den Präsidenten des Österreichischen Ökosozialen Forums Herrn Stephan Pernkopf
den Vorsitzenden des Österreichischen Naturschutzbundes Herrn Univ. Prof. Dr. Roman Türk
den Präsidenten der Landwirtschaftskammer Österreich Herrn ÖKR Gerhard Wlodkowski
die Umweltschutzanwaltschaft Steiermark : Fr. MMag. Ute Pöllinger
den Naturschutzbeirat der Stadt Graz : Fr. Ingrid Fröhlich-Huber

Betrifft :

**Anzeige des Grazer Bürgermeisters bei der Staatsanwaltschaft,
Übermittlung dieser Information an die Presse durch den Naturschutzbund und
Reaktion des Herrn Josef Kaltenecker, Geschäftsführer des Ökosozialen Forums .**

Einleitung und Sachverhaltsdarstellung

Der amtierende Bürgermeister der Stadt Graz, Herr Mag. Siegfried Nagl wurde am 23.10.2012 wegen Amtsmissbrauch und wegen Falschaussage unter Wahrheitspflicht vor Gericht zugunsten Dritter angezeigt. Die Anzeige wurde an die Oberstaatsanwaltschaft zur Überprüfung weitergeleitet und wird dort bearbeitet. Es geht dabei um das Naturschutzverfahren um Schloss Reinhthal bei Graz, das 2008 vom Naturschutzbund wegen Gefahr im Verzug beantragt und von einer überparteilichen "Bürgerinitiative zur Naturraumsicherung" mit über 1000 Unterschriften unterstützt wurde, von der Stadt Graz aber anscheinend blockiert wird.

Die Anzeige wurde erstattet von Fr. Mag. Reidun Ott, der Zustellungsberechtigten der Bürgerinitiative. Der Geschäftsführer des Naturschutzbundes Dipl. Ing. Ehrenpaar unterstützte diese Anzeige mit einer eidesstattlichen Erklärung. Weitere Zeugen warten schon auf die Einvernahme.

Die Information über diesen Sachverhalt wurde von Dipl. Ing. Ehrenpaar vom Naturschutzbund via Mail an diverse Zeitungen geschickt, damit die Bevölkerung über die Entwicklungen rund um diese Unterschützstellung informiert werden kann.

Als Reaktion kam vom Vorstandsmitglied des "Ökosozialen Forums", Herrn Kaltenecker, dieses Schreiben.

Pressemeldung und Schreiben : siehe Anhang

Dazu geben wir folgende Stellungnahme ab

Der Naturschutzbund Österreich ist definiert als die Vertretung österreichischer Natur und Umweltinteressen.

Es obliegt ihm die Wahrung der öffentlichen Interessen am "Allgemeingut Natur und Umwelt". Dieses Allgemeingut Natur ist unser aller Lebensgrundlage und daher so allgemein, daß es überparteilich, überkonfessionell und generationsübergreifend ist. Es ist so allgemein, daß es genaugenommen niemandem gehört, und somit eigentlich unantastbar ist. Und trotzdem ist es anscheinend notwendig, daß es vor den Zugriffen gewinnorientierter Interessensgemeinschaften durch einen eigenen Naturschutzverein geschützt werden muß.

Es ist die Verpflichtung der Geschäftsführung dieses Naturschutzvereines ihren Statuten gemäß zu handeln, die österreichischen Natur und Umweltinteressen zu vertreten und alle darin tatkräftig zu unterstützen, die dem Naturschutzbund bei der Wahrung seiner Pflichten zur Seite stehen. Dabei haben persönliche Befindlichkeiten, pekuniäre Interessen oder parteipolitische Taktierereien keinen Platz.

Fr. Mag. Ott hat diese Anzeige eingebracht, da sie erkannt hat, daß weder der Wunsch von über 1000 Bürgern, noch ein eindeutig positives Gutachten des eigens für dieses Verfahren bestellten Gutachters des Landes Steiermark, noch die Tatsache, daß das gesamte Areal ohnehin schon im Landschaftsschutzgebiet/Vorrangzone liegt, etwas bewirkt hat, ganz im Gegenteil, es hat den Anschein, daß da der Naturschutz mit dem Wissen und der Zustimmung der Politiker den Bauinteressen geopfert werden soll. Herr Dipl. Ing. Ehrenpaar war seit 2008 in dieses Verfahren eingebunden, ist mit den Details bestens vertraut, hat in den 4 Jahren mehrfach alle befaßten Stellen und auch den Grazer Bürgermeister (der in Personalunion der Vorsitzende des Naturschutzbeirates und auch des ökosozialen Forums ist) auf die Dringlichkeit und Notwendigkeit dieser Unterschutzstellung angesprochen und war bei dieser Gerichtsverhandlung, wo es zu der Aussage des Grazer Bürgermeisters kam, als Prozessbeobachter ebenso wie Fr. Mag. Ott persönlich anwesend.

Diese Anzeige und auch die Weitergabe dieser Information an die Presse ist kein Anpatzen, sondern Bürgerpflicht im Sinne der Wahrheitstransparenz. Diese Anzeige wird von allen unterstützt, die diese Aussagen gehört haben. Auch das ist kein Anpatzen.

Die Bürger haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie von den zur Wahl stehenden Politikern mit dem Allgemeingut Natur, mit Bürgerinitiativen und mit der Wahrheit umgegangen wird. Und wo bei wem die Gewichtungen liegen. Und das zu jeder Zeit im Jahr, auch und vielleicht sogar besonders vor der Wahl.

Das Ökosoziale Forum definiert sich als überparteiliche Plattform, deren Ziel es ist, die Idee der ökosozialen Marktwirtschaft bekannt zu machen und in konkretes Handeln umzusetzen. Es sieht sich als Drehscheibe zur Bewußtseinsbildung für ein sozial und ökologisch nachhaltiges Gesellschafts und Wirtschaftssystem.

Herr Kaltenegger, Geschäftsführer des Ökosozialen Forums, schreibt gleich am Anfang seines Briefes: "Ganz offen gesprochen : die erhaltene Email und deren Inhalt im Zusammenhang mit unserem Präsidenten Siegfried Nagl von Herrn Ehrenpaar empfinde ich als eine ausgesprochene Sauerei !"

Da spricht uns Herr Kaltenegger wahrlich aus der Seele. Wenn das wahr ist, was da in der Anzeige steht (es gilt ja die Unschuldsvermutung), dann ist das mehr als nur eine Sauerei ! Und auch damit, daß "das alles nur mehr zum Kotzen ist", hat Herr Kaltenegger dann mehr als Recht.

Danach allerdings driften unsere Meinungen auseinander. Um die von ihm geforderten Sachlösungen kann es nicht mehr gehen, wenn es um Bauinteressen gegen Naturschutz geht, wenn die Wahrheit gebogen und verdreht wird bis sie quietscht und jene, die die Natur vor pekuniären Kurzzeitinteressen schützen, als gefährlich/dümmliche Glückseligkeitsverhinderer dargestellt werden.

Aber richtig böse werden wir, wenn Herrn Ehrenpaar öffentlich unterstellt wird, "ein frustrierter Fundamentalist" zu sein, der "persönliche Begehrlichkeiten auf Kosten von Bauern und Unternehmern umsetzen will." Welche persönlichen Begehrlichkeiten soll Herr Ehrepaar denn haben, er schützt Kraft seines Auftrages das, was weder ihm, noch dem Herrn Kaltenegger oder sonst irgendeinem gehört oder jemals gehören wird. Er schützt das, was wir für die kurze Zeit unserer Lebensspanne zum Wohle unserer Nachkommen verwalten dürfen. Kein Auftrag, um den

man ihn beneiden muß. Denn die die er schützt, die Luft, die Natur, die Pflanzen und Tiere schreiben keine Zeitungsartikel und sitzen in keinen wichtigen Ausschüssen, sehr wohl aber die, die ihn dafür anfeinden und anpatzen daß er das tut, wofür er eingestellt und bezahlt wird. Die in dem Schreiben zitierten Spießrutenläufe sind da wohl eher auf seinem Lebensweg zu Hause. In der Bibel steht "macht Euch die Erde untertan", aber von mißbrauchen, ausbeuten und zerstören steht dort nichts. Und schon garnicht, um persönliche Begehrlichkeiten und Bauinteressen durchzusetzen.

Nicht Herr Bgm. Nagl wurde von Herrn Ehrenpaar wegen angeblicher Falschaussagen "angeschüttet", denn es ist Sache der Staatsanwaltschaft, darüber zu befinden, sondern Herr Ehrenpaar wurde vom Geschäftsführer des Ökosozialen Forums angeschüttet. Und mit ihm auch wir alle, die wir Mitglieder des Naturschutzbundes, der Arbeitsgruppe Natur-Kultur-Medizin, oder auch nur frei denkende Menschen in einem demokratischen Staat sind.

Und wir fragen uns ernsthaft, wie die in diesem Schreiben geäußerten Meinungen über Naturschützer überhaupt mit den Statuten des Ökosozialen Forums vereinbar sind.

Und wenn sie aber aber doch vereinbar sind, dann fragen wir uns noch viel mehr, wie es sein kann, daß ein Mensch es mit seinem Gewissen vereinbaren kann, im Namen seiner Vorstandsfunktionen so ein Schreiben zu verfassen.

Auch empfinden wir es als eine Verhöhnung der Rechtsordnung, wenn ein Geschäftsführer des Ökosozialen Forums, öffentlich und ernsthaft die Gründung eines Vereines ankündigt, dessen Ziel es ist, gegen die Werte dieses Vereines anzutreten, in dem er selber im Vorstand ist.

Wir sind so weit realistisch, daß wir wissen, daß man Geld nicht essen und Moral und Gewissen nicht kaufen kann. Aber es gibt Gesetze, und die dienen dazu, das einzufordern, was leider nicht für alle selbstverständlich ist. Nämlich Moral, Anstand und Gewissen. Von allen Bürgern, ohne Unterschied, ohne Ausnahme und zu jeder Zeit.

Mag.a Reidun Ott

Bürgerinitiativensprecherin und Zustellungsberechtigte für über 1000 Bürger/innen und Prozessbeobachterin



Burghild Podesser

Elternsprecherin für über 300 Eltern des Vereines "Betroffene Eltern" und Prozessbeobachterin



Prof. Dr. Anton Moser

Vizepräsident Naturschutzbund Steiermark,
Gründungsmitglied des ÖkoSozialen Forums Steiermark
Gründer der Initiative Natur-Kultur und Natur-Kultur-Medizin



Liebe Freunde,

Mit diesem Schreiben wird nicht nur Markus Ehrenpaar angegriffen, sondern alle die, die erkannt haben, daß man Geld nicht essen und die Wahrheit nicht biegen kann.

Und wenn es uns mit dem Naturschutz ernst ist, und wir uns nicht auch in die Reihen derer eingliedern wollen, die nur zum Zwecke der Selbstbeweihräucherung schillernde und werbewirksame Phrasen dreschen, dann sollten wir jetzt aufstehen und uns Schulter an Schulter mit Fr. Mag. Ott und Dipl. Ing. Markus Ehrenpaar in eine Reihe stellen, denn mit diesem Brief wird nicht nur er verleumdet und angepatzt, sondern wir alle.

Alle die, die das demokratische Recht der Wahrheitsfindung als "anschütten" bezeichnen, stellen sich in Wahrheit gegen das Gesetz. Wegschauen und Nichtstun ist stille Duldung, und stille Duldung ist Zustimmung.